

Sitzungsbericht

Sitzung des Rechtsausschusses der IHK Region Stuttgart am 4. März 2024

TOP 1 Begrüßung

Die Vorsitzende begrüßt alle Ausschussmitglieder und Gäste zur Sitzung des Rechtsausschusses.

TOP 2 Herausforderungen bei der rechtlichen Umsetzung von KI-Projekten

Die Vorsitzende begrüßt die Referenten, Herrn Rechtsanwalt Dr. Ruttloff und Herrn Rechtsanwalt Stilz von Gleiss Lutz in Stuttgart.

Die Referenten führen in die Thematik ein. Danach stellen sich Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem Einsatz von KI insbesondere in den Bereichen Regulatory, Urheberrecht, Datenschutz, Arbeitsrecht, Vertragsrecht und Cybersecurity.

Sodann präsentieren die Referenten die Regulierungsstruktur der neuen KI-Verordnung, die in verschiedene KI-Systeme untergliedert werden kann (general-purpose-KI-Systeme vs. Hochrisiko-KI-Systeme). Des Weiteren werden die Optionen und Anwendungsrisiken im Umgang mit ChatGPT vorgestellt.

Anschließend gehen die Referenten näher auf verschiedene Rechtsfragen und in diesem Zusammenhang auf die essenzielle Differenzierung zwischen Training, Input und Output eines KI-Systems ein. Schließlich werden als best-practise-Bausteine die risikoorientierte Auswahl des KI-Systems, die Vermeidung der Eingabe von vertraulichen Informationen, die Einhaltung der Cybersecurity-Vorgaben sowie die Endkontrolle durch den User aufgezeigt.

An den Vortrag schließen sich Fragen der Ausschussmitglieder an. Die Vorsitzende verabschiedet die Referenten schließlich und bedankt sich für ihre Zeit und die Informationen.

TOP 3 CBAM / Entwaldungsfreie Lieferkette

Die Vorsitzende führt in die Thematik ein und begrüßt sodann Herrn Marc Bauer, Referatsleiter Internationaler Warenverkehr der Abteilung Außenwirtschaft bei der IHK Region Stuttgart.

Herr Bauer referiert über den Zeitplan der Einführung der CBAM-Pflichten, die Betroffenheit, die Inhalte der Quartalsmeldung, die bisherigen Erfahrungen und Probleme bei der Umsetzung.

Sodann leitet er über zur EUDR-Verordnung, welche sich im Gegensatz zu CBAM nicht lediglich auf den Import, sondern auf das gesamte Inverkehrbringen der entsprechenden entwaldungsfreien Waren (Rinder, Kakao, Kaffee, Soja, Ölpalmen, Kautschuk, Holz, Halbstoffe und Papier, Möbel, vorgefertigte Gebäude aus Holz)

bezieht. Entwaldungsfrei bedeute in diesem Zusammenhang, wenn die Erzeugung auf einer Fläche erfolgte, die nach dem 31.12.2020 nicht mehr gerodet wurde.

An den Vortrag schließen sich Fragen der Ausschussmitglieder an. Die Vorsitzende verabschiedet Herrn Bauer schließlich und bedankt sich für seinen Vortrag.

TOP 4 Entwurf einer Positionierung zur geplanten Altersvorsorgepflicht für Selbständige

Die Vorsitzende übergibt das Wort an den Leiter des Bereichs Recht und Steuern, der in die Thematik einführt und den Entwurf des Positionspapiers zur geplanten Altersvorsorgepflicht für Selbständige (s. Anlage) vorstellt. Er weist darauf hin, dass die genaue Ausgestaltung des Gesetzesentwurfs derzeit noch nicht absehbar ist, weshalb es zum jetzigen Zeitpunkt nur um eine grundsätzliche Positionierung gehe.

Sodann diskutieren die Ausschussmitglieder unter anderem über die mit der Altersvorsorgepflicht (insbesondere mit Blick auf das Opt-Out zu befürchtenden) bürokratischen Belastungen, die Ausgestaltung insolvenzsicherer Alternativen zur Versicherung in der Deutschen Rentenversicherung, die Ausgestaltung der Opt-Out-Möglichkeit sowie die Frage, ob Ziel der Maßnahme eine angemessene Versorgung im Alter oder lediglich eine Basis-Versorgung sein soll.

Der Rechtsausschuss beschließt **einstimmig**, das Positionspapier in der vorliegenden Form der Vollversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

TOP 5 Update Bürokratieabbau

Die Vorsitzende bittet sodann Frau Rahm, die Bemühungen der IHK Region Stuttgart im Bereich Bürokratieabbau näher zu erläutern.

Frau Rahm stellt das aktuelle Projekt der IHK vor, mittels Künstlicher Intelligenz Beispiele für bürokratische Belastungen in Unternehmen zu sammeln, zu clustern und daraus Rückschlüsse für Möglichkeiten von Bürokratieabbau zu ziehen. Dazu waren und sind die Unternehmen aufgerufen, bürokratische Belastungen über eine eigens eingerichtete E-Mail-Adresse bei der IHK zu melden. Die Emailadresse buerokratieabbau@stuttgart.ihk.de steht natürlich auch den Mitgliedern des Rechtsausschusses offen, jederzeit formlos Mitteilungen zu bürokratischen Belastungen im Unternehmensalltag mitzuteilen. Diese Meldungen sowie zahlreiche weitere Dokumente zum Thema Bürokratieabbau wurden und werden in eine Datenpipeline eingespeist, mit der dann mittels Chatbot kommuniziert werden kann.

Frau Rahm stellt sodann ein zweites KI-Projekt der IHK vor, im Rahmen dessen das Landesrecht Baden-Württemberg strukturell nach bestimmten bürokratischen Hemmnissen wie z.B. Schriftformerfordernissen oder Berichts- und Dokumentationspflichten durchsucht wird.

Die Ausschussmitglieder stellen zahlreiche Nachfragen.

TOP 6 Aktuelle Runde und Verschiedenes

Nachdem unter TOP „Verschiedenes“ keine weiteren Anmerkungen oder Wünsche geäußert wurden, schließt die Vorsitzende die Sitzung.

Ansprechpartner:

Dr. Andreas Kiontke, Tel. 0711/2005-1288, andreas.kiontke@stuttgart.ihk.de